

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Landesplan für Menschen mit Behinderungen

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 109.06 / 23.02.06

Das Parlament muss die Ziele für das Regierungshandeln vorgeben

Die FDP hat beantragt, dass die Landesregierung dem Landtag eine schriftliche, detaillierte und durch Zielbeschreibung und Umsetzungsterminierung konkretisierte Landesplanung für Menschen mit Behinderung vorlegt. Meine Fraktion hat diesem Antrag im Sozialausschuss zugestimmt und Ergänzungen eingebracht, die von der FDP übernommen wurden.

Uns war wichtig, dass auch die Förderung von Kindern mit Behinderungen ausdrücklich in dieses Gesamtkonzept aufgenommen wird. Gerade Familien mit behinderten Kindern brauchen eine umfassende Förderung, Unterstützung und Entlastung. Und gerade aus diesem Bereich mehren sich Rückmeldungen aus den Kreisen, dass die Praxis der Eingliederungshilfe zunehmend unter Kostengesichtspunkten entschieden wird.

Kreise berufen sich auf das Subsidiaritätsprinzip und verwiesen auf durch die Krankenkassen finanzierte Sprachtherapie statt wie bisher auszuloten, ob Maßnahmen der Frühförderung oder Maßnahmen der Krankenkassen für das Kind Erfolg versprechender sind.

Erzieherinnen berichten, dass Maßnahme auf Einzelintegration, von der Kindertagesstätte beantragt, von den Kreisen zunehmend abschlägig beschieden werden. Lapidare Begründung; „Zwei Defizite reichen nicht mehr aus, es müssen schon drei sein, damit das Kind Anspruch auf eine Fördermaßnahme hat. Welch absurde Situation angesichts unserer PISA-Probleme.

Ich befürchte, dass die beschlossene Kommunalisierung der Eingliederungshilfe diesen Prozess des Abbaus von Standards noch verstärken wird. Deshalb war es falsch, dass die Landesregierung bei der Neugliederung der Eingliederungshilfe keine landesweit gültigen Standards gesetzt hat.

Menschen mit Behinderungen müssen wissen, welche Leistungen, welche Hilfsangebote ihnen in Schleswig-Holstein zustehen. Auch deshalb ist die von der FDP beantragte und differenziert gegliederte Landesplanung notwendig. Der Antrag von CDU und SPD ist uns viel zu dünn – als Parlament dürfen und müssen wir selbstbewusster sein!

Dass das Parlament nun nur festzustellen soll, dass die Landesregierung bereits arbeitet und dass sie uns schon informieren wird, wenn sie der Meinung ist, es gäbe etwas Wichtiges und Neues zu berichten - das, meine Damen und Herren von CDU und SPD, ist uns eindeutig zu wenig!

Die Erfahrung zeigt, dass das Parlament klug beraten ist, selbst die Ziele für das Regierungshandeln vorzugeben. Wir müssen den Inhalt bestimmen, wir müssen festlegen, wann eine Gesamtplanung vorliegt und wie sie aussehen soll. Genau dies wollen CDU und SPD aber nicht – schade!

Menschen mit Behinderung, haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, wann welcher Schritt der Planung erarbeitet und vorgestellt wird. Sie wollen einbezogen werden, sie wollen diskutieren und eigene Vorschläge einbringen.

Nach der Vorgehensweise der Landesregierung zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum SGB XII bin ich mehr als skeptisch, ob die Landesregierung diesmal eine Beteiligung der Betroffenen einplant. Immerhin hat es die Landesregierung fertig gebracht, die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe im Rahmen der Haushaltsberatung durchzuführen, ohne die zentralen InteressenvertreterInnen anzuhören. Das ist nicht nur unüblich, es ist ignorant und wird der Sache nicht gerecht. Ein solcher „faux-pas“ darf sich bei der Landesplanung für Menschen mit Behinderung nicht wiederholen.

Es muss sichergestellt werden, dass die betroffenen Vereine und Verbände, die sich für die Belange von Menschen mit Behinderung einsetzen, frühzeitig einbezogen werden.

Wir lehnen den Beschluss des Sozialausschusses ab, denn wir wollen mehr als darauf vertrauen, dass es die Landesregierung schon richten möge!
